

# Original sozial.

www.hier-und-in-europa.de

# Linkes Blatt

**DIE LINKE.**

10. Ausgabe / 19. Jahrgang

Für Halle

25. Mai 2009

## Pflanzen wir die Fahne auf!

Der Parteivorstand hat am 10. Mai den Entwurf des Bundestagswahlprogramms als Leitantrag an den Parteitag vorgelegt. Viele Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten hatten ihre Vorschläge zu diesem Papier übermittelt. Sicher wird der Entwurf bis zur Beschlussfassung durch den Parteitag im Juni weiter qualifiziert. Dann ist die Fahne aufgepflanzt und die Partei geht mit ihrem Programm geschlossen in den Bundestags-Wahlkampf.

Gestern haben wir im Parteivorstand den Entwurf unseres Bundestagswahlprogramms als Leitantrag an den Parteitag, der am 20. und 21. Juni in Berlin zusammenkommen wird, verabschiedet. Seit Veröffentlichung des ersten Entwurfes im März hatten uns über einhundert Zuschriften mit mehreren hundert einzelnen Vorschlägen erreicht. Die Spannweite reichte von Zustimmung bis zum Verriss des Papiers.

Sehr viele konkrete Hinweise haben zu einer deutlichen Qualifizierung des Entwurfes geführt. Immer wieder wurde die Bitte geäußert, das Programm zu kürzen - häufig allerdings mit dem Zusatz, welche Themen unbedingt noch anzusprechen sind. Natürlich gab es in den Briefen sich gegenseitig ausschließende Vorschläge. Unsere Redaktionsgruppe hatte folglich gut zu tun, und sie hat sich redlich bemüht, alle Hinweise gründlich zu erwägen. So bleibt festzustellen, dass zahlreiche Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten, Basisgruppen und Zusammenschlüsse an dem mitgeschrieben haben, was nun der Parteitag auf den Tisch bekommt. Dafür will ich mich bedanken. Doch - das ist klar zu sagen - da sich der Basiswillen mitnichten uniform artikuliert, muss manche Aussage auch nach Mehrheitsentscheidungen aufgenommen, verändert oder gestrichen werden.

weiter auf Seite -3-

\* bitte vormerken \* bitte vormerken \* bitte vormerken \* bitte vormerken \* bitte vormerken \*

**Dienstag, 02. Juni 2009, 18.00 Uhr:**

**Gregor Gysi, Lothar Bisky und Gabi Zimmer in Halle.**

Im „Krug zum Grünen Kranze“, Talstraße 37, 06120 Halle (Saale)

Erfahren Sie mehr auf [www.dielinke-halle.de](http://www.dielinke-halle.de) und <http://twitter.com/DieLinkeHalle>

**Wahl-Sonntag, 07. Juni 2009, ab 18.00 Uhr:**

**Wir laden herzlich ein zu unserer**

**Wahlparty – DIE LINKE. Halle**

**Wir treffen uns wie immer in „Strieses Biertunnel“,**

**Große Ulrichstraße 51, 06108 Halle.**

**Kontakt:**

**DIE LINKE. Stadtverband Halle (Saale), Blumenstraße 16, 06108 Halle,**

**Telefon 0345 / 2025590; Fax 0345/2025584, [info@dielinke-halle.de](mailto:info@dielinke-halle.de), [www.dielinke-halle.de](http://www.dielinke-halle.de)**



Auch im 64. Jahr der Befreiung vom Hitlerfaschismus gedachten an die hundert Demokratinnen und Demokraten auf dem Südfriedhof den gefallenen Sowjetsoldaten sowie den vom faschistischen Regime ermordeten Antifaschistinnen und Antifaschisten. Der Grundtenor der Reden lag auf der Mahnung, gleiches nicht wieder zuzulassen. Ein Vertreter des Friedenskreises nutzte die Gelegenheit, den Aufruf zu Gegenveranstaltungen der geplanten Naziaktionen am 17.06.2009 publik zu machen.

## **A U F R U F zur D E M O N S T R A T I O N gegen rechtsextremen Geschichtsmisbrauch!**

**Mittwoch, 17. Juni 2009 um 20.30 Uhr**  
**ab Marktplatz, Steintor, Com-Center und Franckeplatz zur  
Kundgebung auf dem Riebeckplatz**

Der Aufstand am 17. Juni 1953 ist ein Schlüsselereignis, welches den Gang der deutsch-deutschen Geschichte bis zur Einheit im Herbst 1990 maßgeblich mitbestimmt hat. Seit 1990 ist er ein Gedenktag für die Opfer des Aufstandes in der damaligen DDR und die Umstände, unter denen sie ums Leben kamen.

Seit einigen Jahren versuchen rechtsextreme Kräfte, insbesondere die NPD, den 17. Juni bundesweit als Feiertag „gegen den roten Terror“ zu instrumentalisieren und zu missbrauchen.

Für die Stadt Halle haben rechtsextreme Kräfte eine Demonstration - beginnend am Hauptbahnhof - angekündigt. Gerade vor dem Hintergrund zunehmender demokratiefeindlicher Aktivitäten gilt es besonders wachsam zu sein gegenüber allen nationalistischen, rassistischen und fremdenfeindlichen Ideologien und Gewalttaten.

Darum erklären wir, dass Aufmärsche von Neonazis - wie der für den 17. Juni 2009 geplante - in unserer Stadt unerwünscht sind. Wir Hallenserinnen und Hallenser gehen an diesem Tag auf unsere Plätze und Straßen und zeigen, dass eine starke Demokratie der Grundpfeiler unseres Zusammenlebens ist - entschlossen, gewaltfrei und phantasievoll.

### **Halle für Demokratie und Weltoffenheit!**

**\* ab 16.00 Uhr: Infostände am Marktplatz, Franckeplatz und Gedenkstätte Roter Ochse**

**\* ab 18.00 Uhr: Infostände am Com-Center/Philipp-Müller-Straße, Riebeckplatz und Steintor**

**\* nachmittags: Gedenkveranstaltungen zum 17.6. 1953 der Stadt Halle auf dem Hallmarkt**

**\* ab 20.30 Uhr : Demonstrationen ab Marktplatz, Franckeplatz und Steintor zur Kundgebung auf dem Riebeckplatz von 21.00 - 24.00 Uhr**

Erstunterstützer:

Stand: 15.5.09

Initiative Zivilcourage Halle, Friedenskreis Halle e.V., Reformhaus Halle e.V., Deutscher Gewerkschaftsbund Sachsen-Anhalt/Süd, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Halle (Saale), Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt, Hans Böckler Stiftung / StipendiatInnengruppe Halle, Miteinander- Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V., Jusos Halle, Endstation Rechts Sachsen-Anhalt, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V., Präventionsrat der Stadt Halle, Fanprojekt der Stadt Halle (Saale), Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V., Bündnis Migrantinnenorganisationen Halle (Saale), Jüdische Gemeinde Halle K.d.ö.R., Theater, Oper und Orchester GmbH - Thalia Theater Halle,

Katholische Kirche im Dekanat Halle, Vorstand des Stadtseniorenrates

## Pflanzen wir die Fahne auf!

von Seite -1-

Das war im bisherigen Arbeitsprozess so, das wird auch auf dem Parteitag der Fall sein. Es wird keine und keinen unter uns geben, die oder der ohne Abstriche hinter jedem Satz und jeder Forderung steht. Wichtig ist, dass letztlich die gesamte Partei geschlossen mit diesem Programm im Wahlkampf auftritt. Natürlich ist die Mitgliedschaft zum nun vorliegenden Leitantrag gefragt. Vorschläge sollten uns bis zum 8. Juni geschickt werden. So ist zu gewährleisten, dass alle Anträge gründlich geprüft werden. Je mehr Einzelfragen wir vorab klären, desto stärker können wir uns auf dem Parteitag auf die politischen Schwerpunkte unseres Wahlkampfes konzentrieren. Mit dem im Vorstand ohne Gegenstimmen verabschiedeten Leitantrag gibt es eine sehr gute Grundlage.

„Im allgemeinen kommt es weniger auf das offizielle Programm einer

Partei an, als auf das, was sie tut. Aber ein neues Programm ist doch immer eine öffentlich aufgepflanzte Fahne, und die Außenwelt beurteilt danach die Partei.“ Das schrieb Friedrich Engels im März 1875 an August Bebel.

Solche Erfahrungen werden auch wir im Wahlkampf machen.

Ich kenne kaum Menschen, die Wahlprogramme der Parteien von A bis Z lesen, und doch werden wir das Programm wieder kistenweise auf entsprechende Anforderungen hin verschicken.

Das Wahlprogramm ist ein Dialogangebot an die Wählerinnen und Wähler. Viele Bürgerinnen und Bürger prüfen die Programme detailliert unter dem Gesichtspunkt ihrer spezifischen Bedürfnisse und Interessen; Wissenschaftler und Journalisten vergleichen die Aussagen und Ziele der politischen Parteien und publizieren ihre Analysen; Vereine, Verbände und

Initiativen sehen genau hin, um ihren Mitgliedern Empfehlungen zu geben. Nicht zuletzt ist das Programm eine wichtige Argumentationshilfe für die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer. Selbstverständlich wird es wieder eine Kurzfassung des Wahlprogramms sowie Verteilmaterialien mit prägnanten Argumenten zu einzelnen Themen geben. Das immer wieder gewünschte vierseitige Wahlprogramm jedoch bleibt ein frommer Wunsch, weil es den eben skizzierten mannigfaltigen Erwartungen eben nicht gerecht werden kann. Letztlich wollen wir an unserem Programm gemessen werden. In der nächsten Legislaturperiode will DIE LINKE im Bundestag - und natürlich weit darüber hinaus! - konsequent sozial, für Demokratie und Frieden eintreten.

Das ist unser Versprechen an die Wählerinnen und Wähler, das schreiben wir uns auf die Fahne!

Dietmar Bartsch



von links: Katrin Kunert, Ute Haupt, Dr. Petra Sitte und Wulf Gallert

## Bundestagsfraktion vor Ort

Zahlreiche Sportvereine aus Halle folgten am 19. Mai 2009 der Einladung unserer Bundestagsfraktion. Insbesondere die finanzielle Ausstattung der Vereine wurde diskutiert. Wulf Gallert und Detlef Eckert nahmen aus landespolitischer Sicht Stellung.

Öffentlich!  
Weil's wichtig  
für alle ist.

## CDU und SPD planen finanzielle Austrocknung vieler Kommunen

Zum Entwurf eines von der Landesregierung bereits zur Anhörung freigegebenen Gesetzes zur künftigen Regelung des kommunalen Finanzausgleichs erklärt der Vorsitzende der Fraktion Wulf Gallert:

„CDU und SPD wollen vom bisherigen Verfahren abgehen, das Geld vorrangig als Ausgleich der unterschiedlichen Finanzkraft der Kommunen in Sachsen-Anhalt zu verteilen.

Nun soll folgendes passieren: Für die unterschiedlichen Aufgaben der Kommunen wurden die Kosten geschätzt, diese sollen künftig genau auf die Kommunen bezogen verteilt werden. Das darüber hinaus zur Verfügung stehende Geld soll vor allem auf der Basis der Einwohnerzahl an die Kommunen gehen. Das bevorzugt besonders Kommunen, die viele Einwohner haben, unabhängig davon, ob sie wirklich zentrale Funktionen für das Umland ausüben.

Es ist bislang unklar, wie sich das neue Gesetz auf die einzelnen Gemeinden in Sachsen-Anhalt auswirken wird. Erste Modellberechnungen dazu sollen erst kurz vor der ersten Beratung des Gesetzes im Landtag vorgelegt werden. Allein diese Herangehensweise ist unverantwortlich, da den Kommunen in der Anhörungsphase jede belastbare Grundlage für eine Meinungsbildung vorenthalten wird.

Zwischenzeitlich wurden in Kommunen selbst erste Modellberechnungen angestellt, deren Ergebnisse und Konsequenzen erschreckend sind:

- \* Das Finanzvolumen ab 2010 soll etwa 8 % niedriger sein als das, was die Kommunen aus dem Finanzausgleichsgesetz 2009 bekommen haben (minus 125 Mio. Euro).
- \* Kreisangehörige Gemeinden und Landkreise bekommen für gleiche Aufgaben deutlich weniger Geld als die drei kreisfreien Städte. So erhalten sie, bezogen auf die Einwohnerzahl, für die Aufgabe als Schulträger nur etwa 70 %, für die Kinderbetreuung nur 75 % dessen, was für die kreisfreien Städte berechnet worden ist. Für die allgemeine Verwaltung sind das in etwa 86 %.
- \* Gemeinden mit hohem eigenen Steueraufkommen erhielten bisher nur wenig oder nichts aus dem Finanzausgleich. Künftig werden sie - unabhängig von der eigenen Steuerkraft - Gelder für die übertragenen Aufgaben bekommen. Diese Mittel fehlen dann den Gemeinden mit sehr geringen Steuereinnahmen, von denen es in Sachsen-Anhalt sehr viele gibt - die Schwachen sind die Verlierer.
- \* Das darüber hinaus noch verfügbare Geld wird wesentlich nach der Zahl der Einwohner verteilt: Je mehr Einwohner eine Gemeinde hat, desto mehr Geld bekommt sie pro Einwohner, völlig unabhängig davon, ob sie mittel- oder oberzentrale Funktionen für das Umland wahrzunehmen hat.
- \* In der Folge werden viele Mittelzentren und Grundzentren mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums, die nur über geringe eigene Steuereinnahmen verfügen, substanziell geschwächt. Ihre Daseinsvorsorge-Funktion werden sie nicht mehr ausreichend wahrnehmen können. Städte wie etwa Havelberg oder Genthin würden ca. ein Drittel der Finanzaufweisungen vom Land verlieren. Finanziell wäre das ihr Ende.

Angesichts dieser verheerenden Folgen für eine Vielzahl von Kommunen des Landes fordert DIE LINKE

- \* die sofortige Zurückziehung des Gesetzentwurfs durch die Landesregierung, für das Haushaltsjahr 2010 muss das jetzt geltende Gesetz noch einmal angewendet werden, inkl. des besonderen Lastenausgleichs für die kreisfreien Städte;
- \* die Festschreibung der Finanzausgleichsmasse für 2010 auf dem Niveau des Jahres 2008;
- \* in einem neuen Finanzausgleichsgesetz die gesonderte Berücksichtigung der Ober- und Mittelzentren sowie der Städte, die Teilfunktionen eines Mittelzentrums haben, um ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Funktion als Rückgrat der öffentlichen Daseinsvorsorge wahrzunehmen.

Zieleines neuen Finanzausgleichsgesetzes muss es sein, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse überall in Sachsen-Anhalt anzustreben, keine Region darf abgehängt werden.“

## Wahlkalender

- Sonntag, 7. Juni 2009 ab 18:00 Uhr Wahlfeier in Strieses Biertunnel
- Samstag, 6. Juni 2009 9:00 - 18:00 Uhr Info-Stand Halle-Neustadt-Center, Magistrale  
9:30 - 12:00 Uhr Info-Stand Edeka-Kaufhalle, Klewitzstraße  
11:00 - 16:00 Uhr Info-Stand Konzerthalle / Leipziger Str.
- Freitag, 5. Juni 2009 10:00 - 18:00 Uhr Info-Stand Wochenmarkt Neustadt, Neustadt-Passage,  
Übergang A.-Einstein-Str., ARGE  
11:30 - 13:30 Uhr Info-Stand Universitätsplatz  
17:00 - 19:00 Uhr Info-Stand Heide-Nord, 2. Wohnkomplex, Kaufhalle  
Netto;
- Donnerstag, 4. Juni 2009 11:30 - 13:30 Uhr Info-Stand Weinberg-Mensa  
15:00 - 19:00 Uhr Info-Stand Halle-Neustadt-Center;
- Mittwoch, 3. Juni 2009 10:00 - 18:00 Uhr Info-Stand Wochenmarkt, ARGE, Neustadt Passage,  
Übergang City-Hotel, HS Centrum  
15:00 - 17:00 Uhr Info-Stand Trotha Edeka-Kaufhalle, Jupiterstraße  
15:30 - 18:00 Uhr Info-Stand E-Neukauf, Vogelweide
- Dienstag, 02. Juni 2009 13:00-15:00 Uhr Info-Stand auf dem Markt  
19:00-21:00 Uhr Abschlussveranstaltung zur Kommunalwahl  
Krug zum Grünen Kranze
- Samstag, 30. Mai 2009 11:00 - 16:00 Uhr Info-Stand Leipziger Straße / Konzerthalle
- Freitag, 29. Mai 2009 9:30 - 12:00 Uhr Info-Stand Edeka-Kaufhalle, Klewitzstraße  
10:00 - 17:00 Uhr Info-Stand Wochenmarkt Halle-Neustadt  
15:00 - 17:00 Uhr Info-Stand Steintor  
15:30 Uhr Wahlforum ver.di, Augustastraße 5  
17:00 - 19:00 Uhr Info-Stand Heide-Süd, Aldi
- Donnerstag, 28. Mai 2009 9:30 - 12:00 Uhr Info-Stand, Aldi, Pfennigpfeifer  
14:00 - 15:30 Uhr Podiumsdiskussion mit den KandidatInnen zur Kommunal-  
wahl - Wahlbereich 5, Begegnungsstätte "Schöpfkelle",  
Hanoierstr. 70  
14:30 Uhr Vorstellung von KandidatInnen zur Kommunalwahl im  
Bürgerladen Halle-Neustadt  
15:00 - 18:00 Uhr Info-Stand Heide-Süd, Endhaltestelle  
15:30 - 18:00 Uhr Info-Stand Riebeckplatz
- Mittwoch, 27. Mai 2009 15:00 - 18:00 Uhr Info-Stand City-Hotel, Übergang HS Centrum Neustadt  
15:00-17:00 Uhr Info-Stand Trotha Endhaltestelle Straßenbahn

## BRIEFWAHL - ganz einfach

**Am 7. Juni findet die Europawahl statt.**

**Die Europäische Union bestimmt zunehmend wesentliche Rahmenbedingungen für die Gestaltung der Landes- und Kommunalpolitik. Die Wahl zum Europäischen Parlament ist daher keine zweite Wahl, sondern für alle wichtig.**

Deshalb mitbestimmen und am 7. Juni oder gleich per Brief - DIE LINKE wählen!

Hier die wichtigsten Informationen:

Sie beantragen einen Wahlschein bei Ihrer Heimatgemeinde. Das geht persönlich, per Brief, per Telegramm, per Fax, per E-Mail, jedoch nicht telefonisch.

Noch einfacher ist es mit der Wahlbenachrichtigungskarte, die schon bei Ihnen angekommen ist oder demnächst ankommen wird oder im Internet. Auf der jeweiligen Wahlseite Ihrer Heimatgemeinde finden Sie ein Formular, das am Computer ausgefüllt werden kann und dann an die zuständige Behörde weitergeleitet wird.

Behinderte können mit einer schriftlichen Vollmacht auch die Hilfe von anderen in Anspruch nehmen. Letzter Termin für die Beantragung von Wahlscheinen und Briefwahlunterlagen ist zwei Tage vor der Wahl, also Freitag, der 5. Juni 2009 um 18.00 Uhr. In Ausnahmefällen (wie plötzlicher Krankheit) ist die Beantragung noch bis 15.00 Uhr am Wahlsonntag möglich. Die Briefwählerin oder der Briefwähler er-

hält mit den Unterlagen das Merkblatt mit Hinweisen über das weitere Verfahren.

Haben Sie den Wahlschein erhalten, brauchen Sie nur noch den Stimmzettel in den blauen Umschlag stecken, zukleben und die Erklärung auf dem Wahlschein unterschreiben. Beides zusammen in den

roten Briefumschlag stecken und unfrankiert in einen Post-Briefkasten stecken.

Geben Sie die Informationen an Freundinnen und Freunde, Nachbarinnen und Nachbarn, Kolleginnen und Kollegen weiter und helfen Sie ihnen bei der Umsetzung - denn jede Stimme zählt!

# Hier und in Europa

Mit **Lothar Bisky, Gregor Gysi** und **Gabi Zimmer** am Dienstag, den 2. Juni 2009 ab 18 Uhr im »Krug zum Grünen Kranze« in der Talstraße 37, 06120 Halle.  
[www.hier-und-in-europa.de](http://www.hier-und-in-europa.de)

## **DIE LINKE.**

## Anhaltische Gemäldegalerie Dessau

**Colette Deblé.**

**Damenwahl: Die Macht der Frauen -  
eine Französin entdeckt Sachsen-Anhalt“**

**25. April - 14. Juni 2009**

Die französische Künstlerin Colette Deblé beschäftigt sich seit Jahren mit historischen Frauenpersönlichkeiten und deren Darstellung in der alten Kunst. In einem teils radikalen Verfahren befreit sie die Gestalt von Frauen aus dem Kontext des historischen Bildes und setzt sie als frei schwebende Silhouetten in einen lebendigen Farbraum. Im Auftrag der Französischen Botschaft hat sie sich nun intensiv mit historischen Frauenpersönlichkeiten Sachsens-Anhalts auseinandergesetzt. Sie spannt den Bogen von Uta von Naumburg über Katharina die Große bis hin zu der aus Burg stammenden Schriftstellerin Brigitte Reimann.



Im Rahmen des Projektes hat Colette Deblé weit mehr als 300 Gouachen und großformatige Farbsilhouetten gefertigt. Vorlagen boten die Portrait-Bestände der Anhaltischen Gemäldegalerie Dessau und anderer Sammlungen Sachsens-Anhalts. Der im Prinzip feministische Ansatz ihrer Arbeiten mündet in einer liebevollen Hommage an die Frau und ihre Geschichte, ohne in vordergründige Doktrin und eine dementsprechende Verbissenheit abzugleiten.

Die in Paris lebende Künstlerin wurde 1944 geboren. Neben ihrem malerischen Werk hat sie auch zahlreiche Künstlerbücher zu französischer und internationaler Gegenwartspoesie geschaffen.

Aus Anlaß der Ausstellung wendet sich die Anhaltische Gemäldegalerie mit einem gesonderten Führungsprogramm ganz besonders an Frauengruppen des Landes. Termine für eine Führung bez. ein Kunstgespräch in der Ausstellung, wozu sie herzlich ein geladen sind, können individuell vereinbart werden:

Tel.Nr.: 0340 / 66 12 60 00

Eintritt: 3,00 •

Am 14. Juni findet um 15.30 Uhr eine Finissage zur Ausstellung statt. Dr. Elke Stolze, die das Projekt FrauenOrte in Sachsen-Anhalt entwickelt und umgesetzt hat, wird über ihr Engagement berichten.

Myra van Campen-Balint begleitet die Veranstaltung musikalisch.

### **Ablehnung der Gastschüler aus dem Saalekreis ist Zumutung für die Kinder**

Zur aktuellen Situation am Christian-Wolff-Gymnasium erklärt der Bildungspolitische Sprecher der LINKEN im Stadtrat Hendrik Lange:

Die Ablehnung von 30 SchülerInnen aus dem Saalekreis zur Beschulung an haleschen Schulen ist skandalös! Es ist eine Zumutung für die Kinder, durch die Stadt hindurch- und an den Schulen vorbeifahren und somit längere Schulwege in Kauf nehmen zu müssen. Zudem müssen die SchülerInnen jetzt in kürzester Zeit einen neuen Schulort finden, obwohl die Anmeldefristen schon vorbei sind. Dies ist ein schlechtes Signal zur Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landkreis gerade auf dem wichtigen Gebiet der Schulentwicklungsplanung.

Nicht nur, dass die Stadtverwaltung auf Gastschulbeiträge verzichtet, die Ablehnung der Gastschüler hat die Probleme bei der Klassenbildung im Christian-Wolff-Gymnasium und im Gymnasialzweig der KGS Humboldt verschärft. Das Vorgehen der Verwaltung in diesem Prozess legt die Vermutung nahe, dass schnellstmöglich Tatsachen geschaffen werden sollen, die zu einer Schließung des Wolff-Gymnasiums führen, obwohl der Stadtrat bislang den Bestand der Schule bestätigt hat. Die Verwaltung ist dringend aufgefordert, den eingeschlagenen Weg zu überdenken und eine langfristige Lösung mit einem Übergangsszenario vorzulegen, welche die berechtigten Interessen der SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen berücksichtigt!